Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.04.2011, S.4.

„Mehr Einwanderung Hochqualifizierter nötig“

Sachverständigenrat für Integrationsfragen fordert Politik zu schnellem Handeln auf

oll. BERLIN, 13. April. Zu einer mutigen Einwanderungspolitik bei hochqualifizierten Fachkräften hat der von mehreren Stiftungen getragene Sachverständigenrat für Integrationsfragen am Mittwoch in Berlin die Bundesregierung aufgefordert. Die Zustimmung in der Bevölkerung zur Einwanderung Hochqualifizierter sei laut Migrationsbarometer, einer Befragung von 2450 Bürgern in Stuttgart, Berlin, im Rhein-Ruhr-Gebiet und im Rhein-Main-Gebiet, enorm. Gleichzeitig verstecke sich die Politik noch immer hinter der vermeintlichen Angst der Bevölkerung vor weiteren ausländischen Einwanderern, sagte der Vorsitzende des Sachverständigenrats, der Migrationsforscher Klaus Jürgen Bade.

Die Abwanderung deutscher Spitzenkräfte halte an und werde nicht durch entsprechend qualifizierte Einwanderer ausgeglichen. Nach Einschätzung von etwa 1200 Führungskräften in forschungs- und entwicklungsintensiven Unternehmen liegt Deutschland auf Rang vier der Talentschmieden der Zukunft, hinter China, den Vereinigten Staaten und Indien. Mit einer entsprechenden Verstärkung der auf Deutschland gerichteten Abwerbestrategien sei zu rechnen. Schon jetzt verzeichnen Österreich und die Schweiz in Bezug auf Hochqualifizierte positive Einwandererquoten (darunter viele qualifizierte Deutsche), während hierzulande schon in Kürze Fachkräfte vor allem unter Ingenieuren wie Maschinenbauingenieuren fehlten. Es gebe ein paradoxes Missverhältnis zwischen einer hohen Ausbildungsqualität in Deutschland einerseits und einer mangelnden Attraktivität und entsprechend hohen Abwanderungsintensität andererseits. Als ideale Einwanderer bezeichnet der Sachverständigenrat ausländische Studienabsolventen, für die er eine effektive Bleibepolitik empfiehlt. Ihr Aufenthaltsrecht solle deshalb auf zwei Jahre nach dem Studienabschluss verdoppelt werden.

Für die Steuerung der Einwanderung Hochqualifizierter empfiehlt der Sachverständigenrat ein Drei-Säulen-Modell. Die erste Säule umfasst eine Senkung des für die Niederlassungserlaubnis notwendigen Mindesteinkommens von derzeit 64 800 auf 40 000 Euro Jahresbrutto sowie eine Entbürokratisierung der obligatorischen Vorrangprüfung. Die zweite Säule beinhaltet verbesserte Bleibeoptionen für ausländische Studierende mit Studienabschluss in Deutschland. Die dritte Säule bezieht sich auf ein begrenztes Punktesystem, das auf den unumstrittenen Bedarf in den Mint-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) zugeschnitten ist.